

U.S. Exportbestimmungen

Federal Register vom 30. Juli 2010: *Direct Product of US Technology*

Seit vielen Jahren herrscht in der deutschen ‚*Reexport Community*‘ Unsicherheit über die Anwendung der Bestimmungen für „*Foreign Products of US Technology*“, die in den §§ 732.2 (*Steps regarding scope of the EAR*), und 732.3 (*Steps regarding the Ten General Prohibitions*) in den EAR (*Export Administration Regulations*) beschrieben werden. Gemäß dieser Regelung galt bisher, dass aufgrund amerikanischer Technologie außerhalb der Vereinigten Staaten hergestellte Güter ohne Genehmigung von BIS (*Bureau of Industry and Security*) weltweit ohne schriftliche Genehmigung von BIS exportiert, bzw. reexportiert werden konnten. Eine Ausnahme bildeten d.h. eine schriftliche Genehmigung von BIS war erforderlich ausschließlich für Güter dieser Art, die von den amerikanischen NS Kontrollen (*Reason for Control NS – National Security*) erfasst werden und für ein Land in der Ländergruppe D:1 oder Kuba bestimmt waren.

Weitverbreitet bestand Unsicherheit oder sogar Unverständnis über diese Regelung, weil Kuba als einziges so genanntes Embargo Land in den Bestimmungen namentlich genannt wurde und die anderen Embargo Länder (außer Nordkorea – D:1) unerwähnt blieben, weil sie nicht in der Ländergruppe D:1 erfasst sind. D.h. für Kuba und Nordkorea war eine schriftliche Genehmigung von BIS zu beantragen, wenn nicht-amerikanische, d.h. in unserem Falle deutsche Waren, die mittels amerikanischer Technologie hergestellt wurden und den amerikanischen Nationalen Sicherheitskontrollen unterliegen würden (wenn es sich um aus den USA exportierte Waren handelte), während der Iran, der Sudan und Syrien ohne weiteres auch mit solchen Gütern gemäß EAR beliefert werden konnten, ohne dass eine schriftliche Genehmigung erforderlich war. Eine Erklärung gab es für diese ungewöhnliche Bevorzugung dieser drei Länder nicht.

Da diese fünf E:1 Länder im Allgemeinen aber ‚in einem Atemzug‘ genannt werden, herrschte weitgehend Unsicherheit, ob man tatsächlich ‚riskieren‘ könnte, diese drei anderen nicht ausdrücklich erwähnten Länder mit solchen Gütern d.h. *Products of U.S. Technology* ohne schriftliche Genehmigung von BIS zu beliefern.

Mit Wirkung vom 30. Juli gibt es eine klare Regelung: d.h. die Genehmigungspflicht erstreckt sich jetzt auf die Länder der Ländergruppen D:1 und alle fünf Länder der Ländergruppe E:1.

Entsprechend geändert wurden die §§ 732.2 (*Steps regarding the scope of the EAR*) 732.3 (*Steps regarding the ten general prohibitions*), 736.2 (*General prohibitions and determination of applicability*) and 740.6 (*License Exception TSR - Technology and Software under Restriction*).

© Marianne Bamberger, EXCONMB München

Die IFS-Newsletter werden nach bestem Wissen erstellt, für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann jedoch keine Gewähr übernommen werden.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin:

Rechtsgültig und rechtsverbindlich sind nur amtlich herausgegebene Texte.

Der Nachdruck oder die Vervielfältigung von IFS-Newslettern - auch auszugsweise – ist nur mit schriftlicher Genehmigung der/des Verfasserin/Verfassers und IFS zulässig.